

Hartz-IV-Kompromiss löst keine Probleme: Jetzt Aktionstag!



Vorstands-Mitteilung

21.02.2011

01/2011/01

Der Hartz-IV-Kompromiss ist enttäuschend. Die Politik hat bei der Regulierung der Leiharbeit versagt. Die schwarz-gelbe Regierung hat sich zum Erfüllungsgehilfen der Arbeitgeber gemacht. Mit dem Aktionstag müssen wir zeigen, dass wir das nicht akzeptieren.

Herausgeber	Berthold Huber (VB 01), Detlef Wetzel (VB 02), Hans-Jürgen Urban (VB 07)
Telefon	2970
Ansprechpartner	Michael Guggemos
E-Mail	Michael.Guggemos@igmetall.de

Der Berg kreite und gebir eine Maus. Die Ergebnisse der Verhandlungen von CDU/CSU und FDP sowie SPD zu den Hartz IV-Gesetzen sind schlichtweg enttäuschend.

1. Die Strategie der Arbeitgeber, durch Leiharbeit Lohndumping in massenhaften Umgang zu organisieren, kann ungehindert fortgesetzt werden. Daran ändert auch die vereinbarte Lohnuntergrenze im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz nichts. Die Lohnuntergrenze für die Leiharbeit ist nicht in der Lage den Missbrauch der Leiharbeit für Lohndumping zu beenden. Dieser Mindestlohn ist nicht einmal ein Trostpflaster; er ist ein untaugliches Feigenblatt für das politische Versagen bei der erforderlichen Regulierung der Leiharbeit.
2. Mindestlöhne in der Weiterbildungsbranche und im Sicherheitsgewerbe sind erforderlich, betreffen aber nur eine geringe Zahl von Arbeitnehmern. In der Weiterbildungsbranche sind ca. 22.500 Beschäftigte betroffen; im Sicherheits- und Geldtransportgewerbe ca. 170.000. Diese beiden Mindestlöhne lösen also keines der strukturellen Probleme am Arbeitsmarkt.
3. Eine Regelsatz-Erhöhung von 8,00 Euro in zwei Schritten wird dem Lebensbedarf der Menschen in keinsten Weise gerecht. Die schwarz-gelbe Koalition hat das Existenzminimum der Menschen den Sparvorgaben des Finanzministers unterworfen. Ob diese Vereinbarung verfassungskonform ist, daran gibt es große Zweifel.
4. Das Bildungspaket für Kinder ist zu begrüßen. Wie es zur Verbesserung der Lebenssituation von Kindern fhrt, bleibt allerdings abzuwarten.

Die schwarz-gelben Parteien haben sich im Vermittlungsverfahren bereitwillig zu Erfüllungsgehilfen der Arbeitgeber und der Leiharbeits-Lobby gemacht.

Die Politik hat bei der Regulierung der Leiharbeit versagt. Statt Steuerreduzierung im zweistelligen Milliardenbereich und angemessener Bezahlung für alle Beschäftigten gibt es weiter einen Schatten-Arbeitsmarkt zu Dumping-Preisen.

So sieht es die IG Metall – das werden wir tun:

1. Die Arbeitgeber stehen hinter dem Positionswandel der CDU/CSU und FDP. Sie haben „ihre“ politischen Vertreter auf Linie gebracht. CDU/CSU haben ihrem Drängen nachgegeben.
2. Die BdA argumentiert gegenüber der Bundesregierung offen mit den Kostenvorteilen der Leiharbeit (= Lohndumping) und droht der Politik mit Arbeitsplatzverlagerungen, wenn Equal Pay für Leiharbeit verankert würde.
3. Mit unserem Aktionstag zeigen wir:
 - Wir akzeptieren nicht, dass mit Leiharbeit Lohndumping organisiert wird.
 - Wir akzeptieren nicht, dass über Leiharbeit ein Schatten-Arbeitsmarkt zu Billig-Preisen in den Betrieben organisiert wird und Tarifverträge unterlaufen werden.
 - Wir akzeptieren nicht, dass über Leiharbeit immer mehr Arbeitnehmer dem Schutzbereich der betrieblichen Mitbestimmung entzogen werden. Die Arbeitgeber organisieren eine Zwei-Klassen-Belegschaft in den Betrieben.

Die Leiharbeitsstrategie der Arbeitgeber ist ein Frontalangriff auf Tarifverträge und Mitbestimmung und damit auf die Gewerkschaften. Dagegen wehren wir uns.

Die Arbeitgeber müssen spüren, dass wir das nicht akzeptieren. Wir setzen jetzt die Arbeitgeber weiter unter Druck. – Jetzt am 24. Februar 2011 ! Und danach auch.